

Georg Friesenbichler

# Verdrängung

Österreichs Linke  
im Kalten Krieg 1945–1955

StudienVerlag

Georg Friesenbichler

Verdrängung

Georg Friesenbichler

# Verdrängung

Österreichs Linke im Kalten Krieg 1945-1955

**StudienVerlag**

Innsbruck  
Wien

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung

1. Verloren an der Einheitsfront
  - 1.1 Zwist in den Ruinen
  - 1.2 Einheit der Arbeiter, Einheit des Volks
  - 1.3 Wie die Welt geteilt wurde
  - 1.4 Die Geister der Vergangenheit
  - 1.5 Die Davongelaufenen
  - 1.6 Juden und Kummerln
  - 1.7 Die unwillkommenen Befreier
  - 1.8 Kaugummi und Gewalt
  - 1.9 Die Agenten
2. Die Entdeckung Österreichs
  - 2.1 Die Identitätskrise
  - 2.2 „Der Österreicher ist kein Faschist“
  - 2.3 Die nationale Schulbank
  - 2.4 „Trara Trara die Hochkultur“
  - 2.5 Ästhetisches Entweder-oder
  - 2.6 Das Volk soll tümlich werden
  - 2.7 Das Natürliche und Reine
  - 2.8 Der Schlurf und das Ideal
3. Klassenkampf dringend gesucht
  - 3.1 Die Dritte Kraft lässt nach
  - 3.2 Wie man einen Putsch aufbaut
  - 3.3 Rache an den Störenfrieden
  - 3.4 Zwangsläufig ins Paradies
4. Genossen oder Feinde
  - 4.1 Unter Verrätern
  - 4.2 Böser Geist und guter Wille
  - 4.3 Im Friedenskampf
  - 4.4 Mit Moskau irren

Abkürzungsverzeichnis

Verwendete Quellen und Literatur  
Zeitungen und Zeitschriften  
Ungedruckte Quellen

Fachliteratur  
Internetquellen

Personenregister

# Vorwort

Je höher ein Mensch die Alterspyramide emporklettert, desto häufiger macht er die Erfahrung, dass sich Dinge anders entwickeln als geplant. Das gilt auch für dieses Buch. Den Anstoß dafür lieferte ein anderes Werk, das mich unbefriedigt zurückließ, obwohl ich es selbst geschrieben hatte. Es hieß „Unsere wilden Jahre“ und wollte in essayistischer Form sowohl das Lebensgefühl der 1970er Jahre widerspiegeln als auch den Nachweis führen, dass diese Periode für Österreich jene Zeit des Aufbruchs darstellte, die der Großteil der Welt schon in den 1960er Jahren erfahren hatte. Warum sich 1968 hierzulande keine ähnlich starke Bewegung wie in anderen Ländern entwickeln konnte, blieb dabei freilich weitgehend unbeantwortet. Rasch entstand daher der Plan, in einem weiteren Buch die Wurzeln dieses Phänomens zu ergründen.

Kaum war das eine Buch abgeschlossen, begannen die Vorarbeiten für das nächste. Als ich im Sommer 2008 die ersten Interviews mit Zeitzeugen führte, war allerdings noch nicht abzusehen, in welche Richtung das Vorhaben steuern würde. Zunächst wollte ich mich auf die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Österreichs konzentrieren, die „Freie Österreichische Jugend“ (FÖJ), der mein Vater Hubert jahrzehntelang angehörte und welche die KPÖ, ebenso wie er selbst, Ende 1969 verließ. Es zeigte sich aber, dass die angestrebte Eingrenzung wegen der zahlreichen Querverbindungen schwierig war. Immer neue Fragen tauchten auf. Als Zwischenergebnis veröffentlichte ich 2014 die

Lebenserinnerungen meines Vaters, ergänzt durch eigene Anmerkungen.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die ersten Schreibarbeiten für das nächste Buch in Angriff genommen, gleichzeitig gingen die Recherchen weiter. Sie führten auf eine Entdeckungsreise, über die Tiefen und Untiefen des kommunistischen Kosmos, aber auch durch die Mäander des Kalten Krieges. Das Thema, nun festgelegt auf „Österreichs Linke im Kalten Krieg“, uferete aus. Schließlich lag es nahe, das monströse Werk zu zergliedern. Das vorliegende Buch, das die Besatzungszeit behandelt, ist trotzdem noch ein „Ziegel“ geworden, wie man ein dickleibiges Buch in Wien nennt. Die Metapher aus der Baubranche passt auch deswegen, weil hier das Fundament gelegt wird für die folgende Untersuchung linker Bewegungen von 1956 bis 1989 – einen Zeitraum, der große unerforschte Lücken aufweist.

Wie bereits klar geworden sein mag, folgt diese Arbeit nicht der in Österreich geläufigen Dichotomie, welche die ÖVP als Rechte und die SPÖ als Linke bezeichnet. Vielmehr geht es hier um die radikale Linke, eine Linke, die eine grundlegende Gesellschaftsveränderung erreichen will. In der hier dargestellten Zeit von 1945 bis 1955 verdienten nur die KPÖ und einzelne Personen oder kleine Gruppen innerhalb der SPÖ diese Bezeichnung. Erst in den 1960er Jahren entstanden neue Formen der antikapitalistischen Aktion.

Da die wissenschaftliche Forschung solche Strömungen sozusagen links liegen gelassen hat, haben sich mit der Geschichte der KPÖ vor allem Historiker beschäftigt, die dieser Partei angehören oder ihr nahestehen. Von der jüngeren Generation ist hier allen voran der 1977 geborene Manfred Mugrauer zu nennen, der als wissenschaftlicher

Sekretär der „Alfred-Klahr-Gesellschaft“ auch das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ verwaltet. Ihm ist nicht nur für die Publikationen zu danken, die hier eingeflossen sind, sondern vor allem für hilfreiche Hinweise. Mugrauers Akten- und Faktenkenntnis hat die Beantwortung manch offener Frage ermöglicht.

Nicht alle Menschen, die beim Zustandekommen des Buches geholfen haben, können die Danksagungen noch erreichen. Dies gilt für den bereits verstorbenen Erich Makomaski, dessen Sammlung von FÖJ-Zeitzugenaussagen diese Studie erheblich bereichert hat. Er und seine Frau Ulrike haben ihre Kontakte und einiges schriftliche Material zu diesem Buch beigesteuert. Auch Fritz Propst hat sein langes kämpferisches Dasein beenden müssen. „Schani“ Margulies, der zusammen mit seinem guten Freund Herbert Brunner-Sburny interviewt wurde, weilt gleichfalls nicht mehr unter den Lebenden. Für weitere Gespräche standen Fritz Hirl sowie das Ehepaar Walter und Elfi Stern zur Verfügung. Auch meinem Onkel Rudolf Friesenbichler und meiner Tante Hedi Furthner danke ich für Auskünfte.

Der Musikverlag Doblinger hat – über Vermittlung des Musikkritikers Christian Heindl – durch Zusammenstellung einer Dokumentation geholfen, mehr über den Komponisten Friedrich Wildgans zu erfahren. Alfred Schiemer hat sich einmal mehr als strenger Lektor bewährt. Weitere gründliche Kontrolle wurde der Endfassung durch Marianne Glaßer namens des Studienverlags zuteil. Auch sonst ist dem Studienverlag zu danken: für das Interesse an dem Werk, das durch Franz Kurz übermittelt wurde, für die symbolkräftige Gestaltung des Covers durch Maria Strobl sowie für die überaus



verständnisvolle Unterstützung durch Ilona Mader, die den Produktionsprozess begleitet hat.

Dem Dank folgt eine Reihe vorbeugender Entschuldigungen. Manche Menschen, welche die hier geschilderten Entwicklungen mitgestaltet haben, mögen nicht in gebührendem Maß gewürdigt worden sein. Auch feministischen Ansprüchen kann das Werk nicht vollständig gerecht werden. Denn obwohl Frauen im antifaschistischen Widerstand bedeutend vertreten waren und auch nach dem Zweiten Weltkrieg wesentliche Parteiarbeit geleistet haben, spielten sie in der politischen Entscheidungsfindung der Parteien eine untergeordnete Rolle.

Denn auch Kommunisten und linke Sozialisten ließen sich in das enge Korsett patriarchaler Hierarchie pressen, das die gesamte Gesellschaft einschnürte und sich erst in den 1960er Jahren etwas lockern sollte. Was also die Mächtigen in den Parteien betrifft, gilt in zynischer Abwandlung einer in diesem Zusammenhang heutzutage gern gebrauchten Floskel: Frauen sind, außer in ausgewiesenen Fällen, ausdrücklich nicht mit gemeint. Daher würde politisch korrekte Gender-Schreibung nicht, wie sie es fordert, Frauen sichtbar machen, sondern die historischen Verhältnisse verfälschen.

Um Nachsicht ist auch die Wissenschaft zu bitten, und zwar nicht nur, weil ihr hier ein gelernter Journalist ins Handwerk pfuscht. Sie wird feststellen, dass die Arbeit nicht immer ihren Kriterien genügt. Das betrifft beispielsweise die Schreibweise von Namen, die aus dem kyrillischen Alphabet übertragen wurden. Ich folge hier nicht den wissenschaftlichen Regeln zur Transliteration, also der buchstabengetreuen Übertragung von Wörtern. Laut ihnen müsste hier statt Chruschtschow etwa Chruščev geschrieben werden, und Stalin würde mit dem Vornamen

„Iosif“ statt des üblichen Josef ausgestattet. Hier werden hingegen großteils die in dem behandelten Zeitraum üblichen Schreibweisen verwendet.

Der Grund dafür liegt in dem hochgesteckten Ziel, sich nicht nur an die Fachwelt, sondern auch an ein breiteres Lesepublikum zu richten. Daraus resultiert das Bemühen um möglichst gute Lesbarkeit, ein Kriterium, das Wissenschaftler eher im englisch- denn im deutschsprachigen Raum zu erfüllen suchen. Daher finden sich in dem Text reportageartige Elemente. Auch persönliche Bezugspunkte sind eingeflossen. Das widerspricht zwar wissenschaftlichen Maßstäben ebenso wie journalistischen, laut denen das erzählerische Ich möglichst nicht vorkommen soll. Allzu oft verbirgt sich hinter solchen Regeln allerdings der Wunsch, eine nicht vorhandene Objektivität vorzutäuschen. Im Sinne größerer Transparenz erscheint es mir ehrlicher, zumindest offenzulegen, wo das Interesse an dem Thema herrührt.

Dem Willen zur leichten Zugänglichkeit des Werkes widerspricht sein Hang zum Detailreichtum, wie er sich etwa in der ausführlichen Wiedergabe zeitgenössischer Zitate findet. Kaum etwas vermittelt jedoch den Geist des Kalten Krieges so unmittelbar wie seine Sprache. Die Nachgeborenen muss erstaunen, mit welcher Arroganz, Wut, Dummheit und Manipulation die ideologischen Kontrahenten einander gegenübertraten, aber sie werden auch manche Parallele zur Gegenwart entdecken.

Dass die Vergangenheit nie wirklich vergangen ist, sondern in uns fortlebt, ist eine Binsenweisheit, die trotzdem oft beiseitegeschoben wird. Wie sehr dies für die österreichische Nachkriegsgeschichte gilt, untersucht dieses Buch. Möge es dem Lesepublikum ebensolchen Erkenntnisgewinn verschaffen wie dem Verfasser selbst.

# Einleitung

*„Da die meisten historischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Studien geopolitische Aspekte eher an den Rand rücken, bleibt der Antikommunismus als wesentliche Komponente für die relative Stabilität der österreichischen Nachkriegsgesellschaft in der höchst labilen Aufbauphase ausgeblendet. Doch auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks spielt diese Frage in der öffentlichen Meinung noch immer eine Rolle (...) So besitzt also der Antikommunismus meiner Meinung nach sowohl auf der Ebene der Eliten als auch im gesellschaftlichen Diskurs nach 1945 eine wesentlich wichtigere verbindende Funktion als etwa der Mythos der Lagerstraße“.<sup>1</sup>*

Zwar hat die Erforschung der Besatzungszeit 1945 bis 1955 erst mit gehöriger Verspätung eingesetzt, heute kann sie aber als die Periode der österreichischen Nachkriegsgeschichte gelten, die am intensivsten durchleuchtet worden ist.<sup>2</sup> Dennoch blieb manches im Schatten verborgen. Maximilian Graf und Agnes Meisinger haben in einem jüngeren Beitrag die Desiderata, also die „gewünschten Dinge“, der Forschung zum Kalten Krieg aufgezählt. Einen spezifischen Aspekt nennen sie allerdings nicht: die Rolle, die der Antikommunismus in der Entwicklung der Zweiten Republik gespielt hat.

Der Historiker Oliver Rathkolb hat in dem oben zitierten Essay festgehalten, dass die Abgrenzung zum Kommunismus ein wesentliches Element dafür war, „den Glauben an die Kleinstaatlichkeit zu stärken“.<sup>3</sup> Diese

„verdrängte Komponente der österreichischen Identität“ stärkte aber nicht nur das Nationalbewusstsein, sondern auch konservative Werthaltungen. Die Kombination solcher Faktoren führte dazu, dass sich in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern eine radikale Linke nie in größerem Ausmaß entwickeln konnte. Den spärlichen Spuren einer solchen Linken nachzugehen, die die kapitalistische Gesellschaft grundlegend umgestalten will, hat sich diese Untersuchung zur zentralen Aufgabe gestellt.

Für den hier behandelten Zeitraum trifft diese Definition nur auf Einzelpersonen oder kleine Grüppchen innerhalb der SPÖ und auf die KPÖ zu. Andere linke Gruppen tauchten erst in den 1960er Jahren auf.<sup>4</sup> Selbst an den Universitäten, anderswo im Brennpunkt der Auseinandersetzungen von 1968, gab es erst Mitte der 1990er Jahre eine linke Mehrheit in der Hochschülerschaft. Aber nicht nur auf die Linke wirkte sich der Antikommunismus aus, sondern auf die gesamte österreichische Gesellschaft. Beispiele aus dem 21. Jahrhundert mögen Hinweise darauf liefern, wie tief seine Wurzeln sitzen.

Im langen Präsidentschaftswahlkampf 2016 behauptete die FPÖ wiederholt, der ehemalige Vorsitzende der Grünen und sodann unabhängige Kandidat Alexander van der Bellen sei einst Kommunist gewesen. Die Fact-Checking-Seite „Fakt ist Fakt“ vermutete, dass der Anstoß dazu in einer zurückliegenden Bemerkung Van der Bellens liegt, wonach er in jungen Jahren einmal aus Protest die KPÖ gewählt habe.<sup>5</sup> Auch viele andere Medien widersprachen dem FPÖ-Wahlschlager. Trotzdem beharrte der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer noch im letzten TV-Duell am 1. Dezember, drei Tage vor dem entscheidenden Urnengang, darauf, dass sein Gegner eine kommunistische

Vergangenheit aufzuweisen hätte, begleitet von Mutmaßungen, der wirtschaftsliberale Universitätsprofessor habe sich außerdem als Spion für den Osten und als Freimaurer betätigt.<sup>6</sup>

Allein aus dieser Verunglimpfung eines politischen Gegners als Kommunist auf das lange Fortwirken des Antikommunismus in Österreich zu schließen, wäre jedoch verfehlt. Schließlich gehört die Strategie, andere Meinungen prinzipiell als linksextreme Positionen zu denunzieren, auch in anderen Ländern zum Standardrepertoire der nationalistischen Rechten. In Österreich zeigt indessen die ÖVP gleichfalls keine Scheu, derartige Methoden anzuwenden. Vor der Europawahl 2019 behauptete Bundeskanzler Sebastian Kurz, dass die SPÖ den „Massenmörder“ Lenin verehere.<sup>7</sup> Ganz neu war diese Argumentationslinie nicht. In der Zeit des Kalten Krieges hatte die Volkspartei in vielen Wahlkämpfen die Bedrohung durch eine „Volksfront“ von Sozialisten und Kommunisten heraufbeschworen, obwohl sie mit der SPÖ in einer Großen Koalition saß. Aber es gibt noch andere Belege für die von dem Historiker Oliver Rathkolb vertretene These, dass der Antikommunismus eine Konstante der Zweiten Republik darstellt. Und sie betreffen auch andere politische Lager.

Von einem solchen Fall wusste der Widerstandskämpfer Fritz Propst im Gespräch mit dem Verfasser zu berichten.<sup>8</sup> Der damals 92-Jährige erzählte, wie lange er sich darum bemühen musste, dass jene Österreicher, die in der britischen Armee gegen Hitler gekämpft hatten, eine Ehrung von offizieller Stelle erhielten. Im Jahre 2004 schrieb er an Wiens Bürgermeister Michael Häupl einen Brief mit dem Vorschlag, die 25 noch lebenden Betroffenen, von denen Propst selbst einer war, im Gedenkjahr 2005

entsprechend zu würdigen. Vier Monate später bekam er eine vage Zusage, das Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien erhielt allerdings nur einer, ein Freund, der gleichfalls auf Seiten der Briten gekämpft hatte. Scurrile Nebenerscheinung: Bei der Überreichung der Auszeichnung verlas Häupl den Lebenslauf – es war der von Propst! Der Geehrte erhob keinen Widerspruch. Propst jedoch schon. Er ließ nicht locker, und als er endlich geehrt werden sollte, machte er zur Bedingung, dass auch seine Kameraden gleichermaßen ausgezeichnet werden sollten.

Am 1. Juni 2007 war es schließlich so weit: Die ehemaligen britischen Soldaten bekamen das Goldene Ehrenzeichen Wiens verliehen. „Aber von den ursprünglich 25 sind zehn schon gestorben gewesen, 15 haben es noch gekriegt“, resümierte Propst. Er selbst führte die Hinhaltetaktik auch darauf zurück, dass man mit Kommunisten nichts zu tun haben wollte. Propst war zwar bis an sein Lebensende überzeugter Kommunist, aber dies traf laut seiner Aussage keineswegs auf alle Betroffenen zu. War man allerdings wie der schon 2005 geehrte Kamerad bei der SPÖ, bereitete die Bürokratie wesentlich geringere Probleme.<sup>9</sup>

Ein ähnlicher Konflikt tauchte noch im Jahr 2020 auf. Anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums der Zweiten Republik plädierte die Bezirksvertretung von Wien-Brigittenau mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und Neos dafür, einen Teil des Höchstädtplatzes nach dem langjährigen KPÖ-Vorsitzenden Johann Koplenig zu benennen, der 1945 Vizekanzler der Provisorischen Regierung Renner war und die Unabhängigkeitserklärung der Republik mitunterschrieb. Ohne den Bezirk zu konsultieren oder eine Begründung dafür abzugeben, wurde das Vorhaben in

einem Unterausschuss des Gemeinderates abgeschmettert.<sup>10</sup>

Eine derart verfestigte Abwehrhaltung muss fast zwangsläufig in den Privatbereich hineinwirken. Als der Verfasser zum Lebenslauf seines Vaters Hubert Friesenbichler recherchierte, der in den 1960er Jahren die Zeitschrift der kommunistischen Jugendorganisation FÖJ leitete,<sup>11</sup> bat er einen ehemaligen Mitarbeiter der Jugendillustrierten telefonisch um ein Interview. Dieser wies das Ansinnen zurück. An seinem Tonfall war zu erkennen, dass er negative Rückwirkungen seiner Vergangenheit auf seine gegenwärtige Reputation fürchtete, die er sich als Mediziner und gut integriertes Mitglied der jüdischen Gemeinde erarbeitet hat. Eine ähnliche Ablehnung handelte sich der Verfasser auch vom Maler Arik Brauer ein, der über seine kommunistische Lebensphase und die Abkehr von ihr nicht mehr reden wollte. Der „fantastische Realist“ konnte aber immerhin ins Treffen führen, dass er darüber schon in seiner Autobiographie berichtet hat.<sup>12</sup>

Der Begriff des Kommunismus bleibt also mit einem unauslöschlichen Makel behaftet, obwohl seine real existierende Version schon lange untergegangen ist. Seine Ablehnung ist so in Fleisch und Blut übergegangen, dass sie gar nicht mehr als besonderes Phänomen wahrgenommen wird – eine „verdrängte Komponente“ in Rathkolbs Sinn, die nicht nur die nationale Identitätsfindung betrifft. Es handelt sich freilich nicht um eine Verdrängung in ihrer klassischen psychoanalytischen Definition, wonach Konflikte und seelischer Schmerz (unbewusst) ins Unterbewusstsein verbannt werden und dort allerlei Unheil anrichten können. Eher als Sigmund Freuds Konzept der individuellen Abwehrmechanismen ist

hier die Annahme eines „gesellschaftlichen Unbewussten“ anwendbar, die der Therapeut und Philosoph Erich Fromm entwickelt hat. Eine Erörterung dessen im Zusammenhang mit dem Antikommunismus wäre lohnend, ist aber in diesem Rahmen nicht zu leisten. Verdrängung wird hier somit in dem Sinn verwendet, wie er in den allgemeinen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat: als Beiseiteschieben von Unerwünschtem und Leugnen von unliebsamen Tatsachen.

Österreichs kollektives Gedächtnis hat nicht wenige solcher Verdrängungsleistungen vollbracht. Man denke an die Habsburger-Monarchie, deren negative Seiten ausgeblendet bleiben, oder an den österreichischen Anteil an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Ähnlich „vergessen“ ist die Rolle der Kommunisten in der Zweiten Republik, die nicht so unbedeutend war, wie ihre Randexistenz heute nahelegt. Wer erinnert sich noch daran, dass die KPÖ zu den drei Gründungsparteien der Zweiten Republik gehört? Daran, dass mit Hella Postranecky die erste Frau in einer österreichischen Regierung eine Kommunistin war?<sup>13</sup> Daran, dass die KPÖ nach 1945 immerhin mehr als fünf Prozent der Stimmen erreichte und bis 1959 im Nationalrat vertreten war?

Solcher Geschichtsvergessenheit entgegenzuwirken, ist der Historiker Manfred Mugrauer angetreten. Als wissenschaftlicher Sekretär der 1993 von der KPÖ gegründeten Alfred-Klahr-Gesellschaft verfügt er über uneingeschränkten Zugang zum Zentralen Parteiarchiv der KPÖ (ZPA). Dies nutzte er unter anderem für seine umfangreiche Dissertation, aus der zahlreiche Teilergebnisse schon vorab veröffentlicht wurden und die seit April 2020 als Buch vorliegt.<sup>14</sup> Erklärtes Ziel Mugrauers ist, die Rolle der KPÖ aus dem beschriebenen



Dunkel ans Licht zu holen. Denn nicht nur die öffentliche Wahrnehmung, auch die Geschichtswissenschaft hat ihr Augenmerk vor allem auf die Intentionen der Besatzungsmächte und ihren Umgang mit der österreichischen Regierung gerichtet. Nur am Rande wurde das Verhältnis der Sowjets zur KPÖ erörtert.

Im Zuge dieser Betrachtungen seien zahlreiche „Mythen und Rezeptionsklischees“ entstanden, die sich oft nicht von den Erzählmustern des Kalten Krieges lösen können. Seine Darstellung der KPÖ erfolge daher „in weiten Teilen dieser Arbeit in Konfrontation mit der vorhandenen Forschungs- und Erinnerungsliteratur und darin gängigen Interpretationen“,<sup>15</sup> schreibt Mugrauer in der Einleitung seines Buches. Tatsächlich gelingt es ihm, dem ZPA – trotz seiner Lücken – wertvolle Korrekturen abzurufen. Dabei bringt er auch manche Kritik am Verhalten seiner Partei an. Dennoch führt seine „Standortgebundenheit“, wie dies Mugrauer und sein Doktorvater Oliver Rathkolb nennen, zu einer Betrachtungsweise, die gelegentlich gar zu wohlwollend ist. So bleiben zum Beispiel die strengen parteiinternen Regularien und Sanktionsmethoden, die sich hinter dem Etikett des „demokratischen Zentralismus“ verbergen, weitgehend unbehandelt.

Die Intention des vorliegenden Werkes ist aber nicht, seinerseits Mugrauer zu korrigieren oder zu ergänzen, was sich schon deshalb verbietet, weil die Arbeiten im Wesentlichen parallel zueinander entstanden sind. Während Mugrauer seine Forschung auf die Geschichte einer einzelnen Partei konzentriert,<sup>16</sup> wird hier ein erweiterter Blickwinkel auf die Nachkriegszeit gewählt. Daher werden nicht nur die – zahlreichen – Illusionen und Fehler der KPÖ betrachtet, sondern auch die Entwicklungen innerhalb der Sozialdemokratie. Die SPÖ-Führung eliminierte mit der

Begründung, gegen den Kommunismus vorzugehen, ja sehr rasch die letzten Reste des Austromarxismus in der eigenen Partei und formte diese zu einer mit den Bürgerlichen versöhnten Befürworterin des kapitalistischen Staates um. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie unter dem Deckmantel des Antikommunismus ganz andere ideologische Schlachten ausgefochten wurden. Der Kalte Krieg bot dafür die idealen Rahmenbedingungen, weil er praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche seinem Gut-Böse-Schema unterordnete.

Zu den Konfliktfeldern der Nachkriegszeit existiert umfangreiche Sekundärliteratur in Form von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen. So gibt es Studien zu den kulturpolitischen Absichten der Besatzungsmächte und ihre österreichische Umsetzung, zum Marshall-Plan und zu den sowjetisch verwalteten Betrieben, zu zeitgenössischen Fragen wie dem Flüchtlingsproblem, zur Entstehung des Staatsvertrages, Biographisches zu wichtigen Akteuren etc.<sup>17</sup> Diese Forschungen erfolgten meist in einem anderen Bezugsrahmen, beispielsweise, um das Ringen um das Ende der Besatzung zu schildern oder die unbewältigte Nazi-Vergangenheit zu thematisieren. Der Antikommunismus fungierte dabei oft nur als Begleitmelodie, statt ihn als zentrales Leitmotiv zu kennzeichnen. Hier galt es nun aus dem reichlich vorhandenen Material herauszuschälen, wie und in welchem Ausmaß er als Instrument in der politischen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzung eingesetzt wurde. Bei einer derartigen Analyse werden weitere Verdrängungsprozesse offenbar, beispielsweise bei der Betrachtung der Besatzungsarmeen – die von den westlichen Soldaten verübten Gewalttaten sind bis heute

weitgehend tabuisiert, während jene der Sowjets eine herausragende Stellung in der Erinnerungskultur einnehmen.

Um Mentalitäten und Denkstrukturen des Kalten Krieges genauer auszuleuchten, waren aber auch verschiedenste Primärquellen heranzuziehen. Anhand der „Arbeiter-Zeitung“, die sich selbst zur „Zeitung, die sich was traut“ stilisierte, kann ebenso wie anhand von Parlamentsdebatten dargestellt werden, mit welchem groben Mitteln der Kampf gegen den Kommunismus geführt wurde. Die ideologischen Unterschiede erhalten ihren konkreten Ausdruck in den Theoriezeitschriften von KPÖ und SPÖ, „Weg und Ziel“ und „Die Zukunft“, die von Historikern nur selten als Quelle herangezogen werden. Den programmatischen Aussagen, die dort wie auch in Parteitageprotokollen zu finden sind, kommt aber besondere Bedeutung zu. Beispielsweise müssen ohne den Glauben an den „Marxismus-Leninismus“ und seine Gesetzmäßigkeiten die Irrungen und Wirrungen der Kommunisten unverständlich bleiben.

Aber auch die ideengeschichtliche Verankerung verrät noch nicht alles über die kommunistische Lebenswelt. Allzu oft hätten sich die Forscher auf die Politik der Parteispitzen konzentriert, bemängelt der derzeit in Konstanz lehrende tschechische Geschichtsprofessor Pavel Kolář: „Dabei wurden ‚Kommunisten‘ entweder als ideologische Fanatiker pathologisiert oder als rein machtorientierte Vollstrecker höherer Aufträge (,Transmissionsriemen‘) entmenschlicht.“<sup>18</sup> Diese Analyse trifft gerade auf die österreichische Geschichtsschreibung zu, wie Mugrauer nachgewiesen hat. Er selbst bemüht sich, die KPÖ als österreichische soziale Bewegung darzustellen,<sup>19</sup> sieht sich aber gezwungen, „soziokulturelle Aspekte wie etwa die

Alltags- und Traditionskultur und die Mentalitätsgeschichte der KommunistInnen“<sup>20</sup> zu vernachlässigen. Die von ihm geforderte eigenständige Untersuchung kann auch diese Arbeit nicht vollständig erfüllen, aber zumindest Ansätze dazu liefern. Um die Kommunisten aus dem Reich der Dämonen wieder in jenes der Menschen zurückzuholen, werden daher die verstreuten Lebenserinnerungen der Akteure als weitere Quelle herangezogen. Die schriftlich festgehaltenen Schilderungen der Zeitzeugen, von denen heute nur noch wenige leben, wurden durch einige eigene Interviews ergänzt.

Ein solches Vorgehen ist stets mit Risiko behaftet. Ungenau funktioniert schon die unmittelbare Wahrnehmung, und erst recht gilt das für das Gedächtnis. Es liefert vielfach eher Wunschbilder als Tatsachen, neigt zur Verdrehung und erklärt die Vergangenheit nicht aus damaliger Sicht, sondern aus den Erkenntnissen, die erst im Nachhinein gewonnen wurden.<sup>21</sup> Die Euphorie, mit der die Geschichtswissenschaft in den 70er und 80er Jahren „Oral History“ als Erweiterung ihrer Profession durch „Geschichte von unten“ begriffen hat, ist aus solchen Gründen mittlerweile verfliegen. Dennoch wird heute gerade die subjektive Wahrnehmung, die mündlich erzählte Geschichte kennzeichnet, als wichtige Ergänzung der Forschung angesehen. Wie sonst als durch persönliche Reminiszenzen kann beispielsweise Einblick in den kommunistischen Alltag gewonnen werden?

Eine Systembedrohung durch die Kommunisten wurde auch in den Nachbarländern gefürchtet, nicht nur in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, sondern auch in der neutralen Schweiz. Die dortigen Eliten malten schon seit der russischen Oktoberrevolution am sowjetischen Feindbild. 1940 wurde die Kommunistische Partei der

Schweiz sogar verboten, sie gründete sich 1944 als „Partei der Arbeit“ neu. Der Kalte Krieg steigerte die Furcht zur Obsession – er war in der Schweiz noch kälter als anderswo, behauptet der Historiker Thomas Buomberger sogar.<sup>22</sup> In der Angst vor kommunistischer Subversion wurde auch das Nachbarland Österreich observiert, wobei logischerweise die KPÖ-Aktivitäten im angrenzenden Vorarlberg oder Personen, die zur Schweiz Bezug hatten, auf besonderes Interesse stießen. Aber auch die KPÖ im Allgemeinen stand unter Beobachtung.

Die Schweizer Polizeibehörde sammelte öffentlich zugängliche Zeitungsartikel ebenso wie Konfidentenberichte. Heute lagern die Akten über Österreichs Kommunisten im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern. Das Dossier unter dem Übertitel „K.P. Oesterreich“ ist bisher von der Forschung nicht beachtet worden.<sup>23</sup> Zum Teil wohl zu Recht, denn die Informanten sind von höchst unterschiedlicher Qualität, was die Aussagekraft über die tatsächlichen Parteinterne betrifft. Vor allem in späteren Jahren dürften die Spitzel die Partei nur von außen beobachtet und die Motivation für ihr Tun aus antikommunistischen Gefühlen bezogen haben. Andere Erkenntnisse scheinen hingegen von echten Insidern zu stammen. Aber auch der gelegentlich aktenkundige Widerspruch zwischen Information und Desinformation kann in manchen Fällen aufschlussreich sein.

Als weitere Quelle dient dieser Arbeit das Internet. Lange Zeit hat die Wissenschaft dieses Medium mit Skepsis betrachtet, konnte sie doch zu Recht etwa auf fehlerhafte Wikipedia-Artikel hinweisen, aus denen Studierende sorglos abschrieben. Trotz weiter bestehender Bedenken, was etwa die Qualitätskontrolle betrifft, erleichtert das

World Wide Web die Recherchearbeit ungemein. So lassen sich beispielsweise die ab 1945 erschienenen Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“ dank der Initiative des ehemaligen AZ-Redakteurs Andy Kaltenbrunner schon seit 2004 online abrufen, auch Artikel des Hamburger Magazins „Der Spiegel“ sind kostenfrei verfügbar. Bedeutende Werke wie von Otto Bauer oder Eduard Bernstein stehen als Faksimiles historischer Ausgaben zur Verfügung. Die Stenographischen Protokolle von Parlamentsdebatten sind ebenso dokumentiert wie freigegebene („declassified“) CIA-Berichte. Und schließlich erlauben Film- und Tonaufnahmen auf der „YouTube“-Plattform, die Atmosphäre bedeutsamer Ereignisse zu erfassen.

Auch die Wissenschaft bedient sich heute in wachsendem Maß dieses Instruments. Nicht nur ist es fast schon üblich, neuere Diplomarbeiten ebenso ins Netz zu stellen wie einzelne wissenschaftliche Aufsätze. Unter dem Fachbegriff „Digital humanities“ („digitale Geisteswissenschaften“) hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Fachrichtung etabliert, in der computererfasste Datenverarbeitung die zentrale Rolle spielt. Dazu gehört die Erstellung von Datenbanken, in denen analoge Daten elektronisch erfasst werden, um auf diese Weise öffentlich gemacht zu werden und ihre Analyse zu ermöglichen. Eng verbunden damit ist der Begriff „Open Access“, der unbeschränkte und kostenlose Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen im Internet.<sup>24</sup>

Ein Beispiel dafür aus dem zeitgeschichtlichen Bereich liefert etwa das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), das sich auf Kommunismusforschung mit Schwerpunkt auf der DDR spezialisiert hat. Dem Internet gemäß finden sich dort vor allem kürzere Aufsätze. Zu den digitalen ZZF-Projekten

zählt „Dokupedia-Zeitgeschichte“, das sich als „ein Nachschlagewerk zu zentralen Begriffen, Konzepten, Forschungsrichtungen und Methoden der zeithistorischen Forschung“<sup>25</sup> definiert und von Wissenschaftlern betreut wird. Einige der auf dieser Website aufzufindenden Artikel sind wiederum in ein Buch eingeflossen, was die Verknüpfung von neuer und alter Technologie demonstriert.<sup>26</sup>

Auf der „Dokupedia“-Seite findet sich unter anderem ein Artikel zu dem Themenfeld „Antikommunismus“.<sup>27</sup> Autor Bernd Faulenbach weist dabei auf die Vieldeutigkeit dieses Begriffs hin. Er kann irrationale Angst ebenso umfassen wie fundierte Kommunismuskritik. Er kann demokratisch wie antidemokratisch motiviert sein. Er kann von faschistischer, konservativer, liberaler oder sozialdemokratischer Seite kommen. Zur genaueren Abgrenzung sei daher festgehalten, worauf sich diese Arbeit konzentriert. Einen Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung zwischen den beiden „Arbeiterparteien“ SPÖ und KPÖ. Die konservative Spielart des Antikommunismus wird nur am Rande gestreift. Dies erklärt sich durch die Fokussierung auf „Österreichs Linke“, aber auch dadurch, dass die bürgerliche Propaganda in der „antimarxistischen“ Tradition der christlich-sozialen Bewegung stand und damit die SPÖ einschloss. In allen Wahlkämpfen bis 1970 unterstellte die ÖVP Sozialisten und Kommunisten, die gemeinsame Agenda einer „Volksdemokratisierung“ zu verfolgen.

Ein weiterer Kern der Arbeit liegt auf den Auswirkungen, die der Antikommunismus auf die österreichische Gesellschaft gehabt hat. Eine davon ist die Marginalisierung linker Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie. Die SP-Führer Adolf Schärf und Oskar

Helmer hatten, anders als die „Austromarxisten“ um Otto Bauer, als Vertreter des „rechten Flügels“ schon in der Ersten Republik die Verständigung mit den Bürgerlichen gesucht und wollten diese Linie nun umsetzen. Gegner dieser Konzeption wurden an den Rand und darüber hinaus gedrängt, wobei auch die Angst vor unliebsamer Konkurrenz in den eigenen Reihen eine Rolle spielte. Diese verknüpfte sich mit der Abneigung gegen jüdische Intellektuelle und Emigranten, die ohnehin weit verbreitet war.

Diese gesellschaftlichen Vorurteile richteten sich ebenso gegen die KPÖ, die in gewisser Hinsicht gleichfalls ein Nachfolgeprodukt der Sozialdemokratie der Ersten Republik war. Viele Sozialisten waren aus Enttäuschung über ihre Partei 1933/34 zu den Kommunisten gewechselt, darunter zahlreiche Intellektuelle jüdischer Herkunft. Als Hitler-Deutschland durch die Okkupation 1938 das austrofaschistische Experiment beendete, sahen sich diese daher nicht nur aus Gesinnungsgründen zur Flucht ins Exil gezwungen, sondern auch, weil Verfolgung aufgrund der Nürnberger Rassegesetze drohte. Nach dem Krieg zurückgekehrt, fanden sie indessen eine Gesellschaft vor, in der der Antisemitismus ebenso lebendig war wie die Vorurteile gegen Emigranten oder Widerstandskämpfer. Die im Exil erfolgreiche „Volksfront“-Strategie, mit der die Kommunisten die Zusammenarbeit mit anderen politischen Lagern gesucht hatten, fand somit in Österreich die denkbar schlechtesten Voraussetzungen vor.

Das Scheitern der KP-Konzeptionen von „Volksfront“ und „Einheitsfront“, einer gemeinsamen Plattform der Arbeiterparteien, ist Thema des ersten Teils dieser in vier Großkapitel gegliederten Arbeit. In Folge von weit zurückreichenden Konflikten innerhalb der



Arbeiterbewegung setzte die SPÖ-Führung dem kommunistischen Bemühen um einheitliche Organisationen schon Widerstand entgegen, als die Doktrinen des Kalten Krieges noch gar nicht formuliert waren. Als die USA und die Sowjetunion 1947 die Zweiteilung der Welt verkündeten, begünstigte und verstärkte der Kalte Krieg die antikommunistischen Intentionen. Wahre Propagandaschlachten setzten in den Köpfen der Bevölkerung Stereotypen über die Besatzer fest, die bis heute nachwirken. Die Kommunisten fanden in der Öffentlichkeit keinen Rückhalt und wurden als Agenten einer fremden Macht wahrgenommen.

Daraus entstand die paradoxe Situation, dass ausgerechnet jene, die am entschiedensten für den Begriff einer österreichischen Nation eintraten, als Vaterlandsverräter dastanden, weil sie die Sowjets verteidigten. Die Kommunisten hatten sich ja schon vor dem Zweiten Weltkrieg zur Existenz einer eigenständigen Nation bekannt, ein Bekenntnis, das auch nach seinem Ende nicht selbstverständlich war. Im schwierigen Prozess der nationalen Identitätsfindung, dem der zweite Teil gewidmet ist, nutzten die beiden großen Parteien die im Weltkrieg entwickelte Abneigung gegen die Deutschen dazu, ihnen die alleinige Schuld am Nationalsozialismus zuzuschieben. Die Herausbildung eines Nationalbewusstseins war den drei Gründungsparteien ebenso ein Anliegen wie den verfeindeten Alliierten.

Heftige Konfrontationen ergaben sich dabei auf dem Feld der Kultur, auf dem trotzdem in manchen Belangen erstaunliche Parallelen zwischen kommunistischer und konservativer Kunstauffassung auftauchten. Eine ähnliche Kongruenz findet sich auch in der Ablehnung der neuen Angebote einer Massenkultur nach amerikanischem

Muster. Das Bedauern, dass die heutige Jugend keine Ideale mehr kenne, zog sich gleichfalls durch alle drei Parteien. Diese Entideologisierung und Entpolitisierung, die hier anhand der Jugend konstatiert wurde, erfasste freilich noch stärker die Erwachsenenwelt. Dem Rückzug ins Private, der Orientierung auf persönlichen Aufstieg entsprach die Politik der Großen Koalition weit eher als der kommunistische Anspruch auf eine kämpferische, partizipative Haltung.

Die neue Harmoniesucht wirkte sich auf die politischen und wirtschaftlichen Konflikte aus, mit denen sich der dritte Teil beschäftigt. Hatten führende SPÖ-Ideologen zunächst noch die Idee einer „Dritten Kraft“ zwischen Sowjetkommunismus und US-Kapitalismus propagiert, näherten sie sich immer stärker den amerikanischen Positionen an. Gleichzeitig entdeckte die Partei, die unmittelbar nach Kriegsende in marxistischer Tradition noch stark auf staatliche Planung gesetzt hatte, nun die Marktwirtschaft für sich. Während sie auf Klassenzusammenarbeit setzte, hielt die KPÖ an ihrem marxistisch-leninistischen Modell des Klassenkampfes fest. Am klarsten kamen diese unterschiedlichen Konzepte in der Streikbewegung vom Herbst 1950 zum Ausdruck. Dass sie von der Öffentlichkeit als kommunistischer Putschversuch denunziert wurde, prägte die österreichische Konsensdemokratie nachhaltig.

Der vierte Teil schließlich stellt die KPÖ und ihre inneren Strukturen in den Mittelpunkt. Der Kalte Krieg hatte die Abkehr von der „Volksfront“-Ideologie mit sich gebracht und ließ die Partei nun bedingungslos den Moskauer Vorgaben folgen, ob es um den Bruch mit Jugoslawien 1948 ging, die anschließende zur Hysterie gesteigerte Angst vor Spionen und Verrätern, die

Friedensbewegung oder die Schwankungen in der sowjetischen Außenpolitik, die auch die Aussicht auf ein neutrales Österreich betrafen. Bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955 standen dabei Österreichs Kommunisten im Bann Stalins, obwohl der schon 1953 gestorben war.

Erst das Jahr 1956 sorgte für Verunsicherungen. Nikita Chruschtschow machte im Februar erstmals publik, dass es unter Stalin schwere Verbrechen gegeben hatte – was Österreichs Kommunisten zunächst nicht glauben wollten –, und im Herbst schlugen sowjetische Truppen den Aufstand in Ungarn nieder. Die aus diesen Ereignissen erwachsenden Zweifel leiteten eine neue Phase in der Entwicklung der KPÖ, aber auch des Weltkommunismus ein. Somit bildet das Jahr 1955 nicht nur deshalb den natürlichen Abschluss dieses Buches, weil die KPÖ durch den Staatsvertrag den Rückhalt der sowjetischen Besatzung verlor. Vielmehr ging gleichzeitig eine Periode ideologischer Geschlossenheit zu Ende.

Als diese zerbrach, versank die KPÖ langsam, aber sicher in der Bedeutungslosigkeit. Allmählich tauchten – in Österreich später als in anderen Ländern – neue Akteure links von der Sozialdemokratie auf. Mit diesen Entwicklungen hat sich die Zeitgeschichte noch weniger beschäftigt als mit den in diesem Buch beschriebenen. Die Lücken, die den Zeitraum seit 1955 betreffen, sollen in einem zweiten Band geschlossen werden.

---

1 Oliver Rathkolb: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Zsolnay Verlag, Wien 2005, S. 34

2 Vgl. Maximilian Graf/Agnes Meisinger: Österreich und der Kalte Krieg: Forschungsstand und Desiderata. In: Dies. (Hg.): Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (= Zeitgeschichte im

- Kontext Bd. 11). Vienna University Press, V & R unipress GmbH.,  
Göttingen 2016, S. 12
- 3 Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 31
- 4 Die wenigen Anhänger von Leo Trotzki etwa verzettelten sich im  
Besatzungsjahrzehnt in Grabenkämpfen und ideologischen Diskussionen,  
konnten aber auch nicht frei agieren, weil durch die sowjetische  
Besatzungsmacht, die Trotzki als Erzfeind betrachtete, härteste  
Konsequenzen drohten. Eine aus trotzkistischer Sicht geschriebene  
Darstellung vermerkt als einzige nach außen wirksame Aktivität, dass sich  
an einem zwei Monate dauernden Streik der Schuharbeiter und  
Schuharbeiterinnen im Frühjahr 1948 zwei trotzkistische Betriebsräte  
beteiligten. Vgl. Paul Roth: Der Schuharbeiter/innen/streik 1948. In:  
Arbeitsgruppe Marxismus (Manfred Scharinger/Eric Wegner):  
Österreichischer Trotzkiismus. Organisation arbeiter.innen.kampf, Wien  
2012; S. 109-130
- 5 Vgl. Christoph Aufreiter: War Van der Bellen ein Kommunist? 21.  
November 2016, <https://www.faktistfakt.com/faktencheck/ist-van-der-bellen-ein-kommunist/> (zuletzt abgerufen am 29. Jänner 2021)
- 6 Vgl. <https://neuwal.com/transkript/20161201-norbert-hofer-alexander-van-der-bellen-ingrid-thurnher-orf.php> (zuletzt abgerufen am 29. Jänner 2021)  
Hier ist das Transkript der Diskussion nachzulesen.
- 7 Vgl. z. B. „Wenn die SPÖ Lenin verehrt, widert mich das genauso an wie  
das Rattengedicht“. In: Kleine Zeitung, 30. April 2019, sowie Manuel  
Escher: Die Politik spielt Diktatoren-Quartett. In: Der Standard, 4./5. Mai  
2019
- 8 Interview Fritz Propst, Wien, Juli 2008
- 9 Der 1916 geborene Fritz Propst war in seiner Jugend zunächst bei der SP-  
Jugendorganisation „Rote Falken“, wechselte aber noch vor dem  
Bürgerkriegsjahr 1934 zum Kommunistischen Jugendverband (KJV).  
Wegen seiner illegalen Tätigkeit im „Ständestaat“ wurde er mehrmals  
verhaftet. Nach der Okkupation Österreichs durch Hitler-Deutschland floh  
er zunächst in die Tschechoslowakei, dann nach Großbritannien. Dort war  
er ein Mitgründer des „Austrian Centre“, einer kommunistisch  
dominierten, aber breit gestreuten Exilorganisation. 1944 trat er in die  
britische Armee ein, im Einsatz wurde er verwundet. Nach dem Krieg  
setzte er seine Tätigkeit in der KPÖ fort, der er bis ans Lebensende treu  
blieb, ohne ihre Fehler zu leugnen. Auch im hohen Alter blieb er politisch  
aktiv, sei es im Mieterbeirat seines Gemeindebaus in Wien-Hietzing, sei es  
mit seinem Engagement für die Rehabilitierung von Opfern des  
Austrofaschismus oder als Zeitzeuge an den Schulen. Fritz Propst starb  
98-jährig im April 2014. Vgl. Fritz Propst: Mein Leben im Widerstand. Eine  
autobiographische Erzählung. Globus-Verlag, Wien 2002
- 10 Vgl. Paul Vécsei: In der Bundeshauptstadt ist kein Platz für einen  
Republik-Gründer. In: Wiener Zeitung, 25. April 2020

- 11 Vgl. Georg und Hubert Friesenbichler: Die drei Leben des Hubert F. Vom jungen Nazi-Gegner zum linken Journalisten. Mit einem Anhang zur Parteipublizistik nach 1945. Mandelbaum-Verlag, Wien 2014
- 12 Vgl. Arik Brauer: Die Farben meines Lebens. Erinnerungen. Amalthea Signum Verlag, Wien 2006
- 13 Helene (Hella) Postranecky, die 1947 ihren langjährigen Lebensgefährten Karl Altmann, gleichfalls KPÖ-Mitglied, heiratete, war 1945 als Unterstaatssekretärin für Volksernährung Mitglied der Provisorischen Regierung von Karl Renner, ein Posten, der dem einer heutigen Staatssekretärin entspricht. Mit verantwortlich für ihre Nominierung durch die KPÖ dürfte der Umstand gewesen sein, dass Postranecky vor 1938 prominente sozialdemokratische Funktionärin war. Vgl. Manfred Mugrauer: Hella Altmann-Postranecky (1903 bis 1995). Funktionärin der ArbeiterInnenbewegung und erste Frau in einer österreichischen Regierung. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.): Forschungen zu Vertreibung und Holocaust (= Jahrbuch 2018), Wien 2018, S. 285. Bis zu ihrem Übertritt zur KPÖ 1939 gehörte Postranecky zum sozialistischen Freundinnennetzwerk um Rosa Jochmann. Es sollte bis 1966 dauern, bis mit Grete Rehor wieder eine Frau in einer Bundesregierung saß - diesmal sogar als Ministerin, gestellt von der ÖVP.
- 14 Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation (= Zeitgeschichte im Kontext Bd. 14, hg. von Oliver Rathkolb). V & R unipress, Vienna University Press, Wien 2020
- 15 Ebd., S. 36
- 16 Mugrauer schreibt in diesem Zusammenhang, dass die Parteienforschung „ein in Österreich wenig ausgeprägtes Forschungsgebiet“ sei. Ebd., S. 28
- 17 Einen umfassenden Überblick über den Forschungsstand 2016 bietet die erwähnte Arbeit von Maximilian Graf und Agnes Meisinger. Der Großteil der darin angeführten Literatur findet sich auch in den Fußnoten und im Literaturverzeichnis zu diesem Buch wieder.
- 18 Pavel Kolář: Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche (= Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 57). Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2016, S. 17
- 19 Mugrauer, Die Politik der KPÖ, S. 35
- 20 Ebd., S. 23
- 21 Die Problematik, dass Erlebtes im eigenen Sinn nachträglich interpretiert wird, teilt die „mündliche Geschichte“ freilich mit dem Großteil der Memoiren-Literatur.
- 22 Vgl. Marti Vetterli: „In der Schweiz war der Kalte Krieg noch kälter“. In: Beobachter, 28. März 2017, <https://www.beobachter.ch/gesellschaft/geschichte-der-schweiz-war-der-kalte-krieg-noch-kalter#> (zuletzt abgerufen am 29. Jänner 2021)

- 23 Für diese Arbeit benutzt wurde das Dossier „K.P. Oesterreich“ 1953–1959. Schweizer Bundesarchiv BAR, E4320B, Aktenzeichen C.08-10043.3. Kopie im Besitz des Verfassers, im Weiteren als Schweizer Dossier bezeichnet.
- 24 Das Prinzip, dass wissenschaftliches Wissen im Internet einer breiten Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung stehen soll, wurde schon 2003 in der „Berliner Erklärung“ festgelegt. „Open Access“-Publikationen werden seither vielfach gefördert, so zum Beispiel von dem österreichischen „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ (FWF).
- 25 [http://docupedia.de/zg/Docupedia:%C3%9Cber\\_Docupedia](http://docupedia.de/zg/Docupedia:%C3%9Cber_Docupedia) (zuletzt abgerufen am 29. Jänner 2021)
- 26 Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hg.): Konzepte und Methoden. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012
- 27 Bernd Faulenbach: Antikommunismus.  
[http://docupedia.de/zg/Faulenbach\\_antikommunismus\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/Faulenbach_antikommunismus_v1_de_2017) (zuletzt abgerufen am 29. Jänner 2021)